

gerade bei Einfamilienhausgrundstücken die Belastung deutlich höher sein kann, sodass es durchaus eine Möglichkeit sein könnte, auf Bundesebene in entsprechendem Gesetzgebungsrahmen eine Hebesatzspaltungsmöglichkeit für die Kommunen einzuführen. Es wäre dann notwendig, das auf Bundesebene zu regeln. Da ist tatsächlich richtigerweise angesprochen worden, dass der Bundesfinanzminister die Möglichkeit hätte, so einen schlanken Vorschlag zu machen. Das könnte man auch gemeinsam zwischen Bund und Ländern machen, das setzt aber die Bereitschaft des Bundes voraus, dies zu tun.

Wenn man es nicht in jedem Bundesland einzeln machen wollte und sagen würde: „Der eine mache es halt und der andere nicht“, sondern sagen würde: „Das ist ein relativ flächendeckendes Modell für alle, die es machen“, dann ist das jedenfalls etwas, was man diskutieren kann.

Auf Basis dessen, was wir heute wissen, ist aber eine flächendeckende Umsetzung nicht wahrscheinlich. Es wird selbst dann viele Kommunen geben, die sagen: „Das möchten wir nicht“, weil die Verwerfungen gar nicht so sind, wie Sie hier schildern.

Operativ können wir auch also jetzt erst sagen: Es gibt eine Chance, das zu tun, wenn man sie ergreifen möchte. Sie als Parlament können sich gern im Beratungsverfahren im Ausschuss eine Meinung dazu bilden, ob wir eine solche Initiative in Berlin ergreifen und unterstützen sollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um gut zwei Minuten überschritten. Somit besteht natürlich auch für jede Fraktion, wenn auch sehr spontan, diese Zeit zu nutzen. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Somit sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/7760 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Empfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zu:

5 Wertschätzung statt Belastung: den heimischen Bauernstand stärken – anstatt ihn weiter zu benachteiligen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/7756

Ich eröffne die Aussprache. Herr Schalley hat für die Fraktion der AfD das Wort. Bitte sehr.

Zacharias Schalley (AfD): Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Die letzten Wochen waren geprägt von Bauernprotesten im ganzen Bundesgebiet. In ganz Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen waren Treckerkolonnen, Hupkonzerte, Kundgebungen und Demonstrationen und Protest zu sehen, aber immer friedlich und unter großer Solidarität anderer Branchen, von Handwerkern über die Spediteure bis zur Gastronomie und nachgelagerten Betrieben.

Nicht nur unser heimischer Bauernstand, sondern alle schaffenden Stände sind von der desaströsen Politik der Ampel-Regierung bedroht.

(Beifall von der AfD)

Entzündet hatten sich die Proteste an der geplanten Streichung der Steuervergünstigungen auf Agrardiesel und die Kfz-Steuerbefreiung. Doch der tatsächliche Grund für den gerechten Zorn der Bauern liegt tiefer.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Trotz aller Subventionen und gut vernetzter Bauernverbände erleben wir seit 50 Jahren ein großes Bauernlegen. Wir erleben die Zerstörung von Betrieben, von Traditionen und Familiengeschichten. Wir erleben die Umwandlung von Höfen in Agrarfabriken, und wir erleben die Umwandlung des Bauern in Produzenten von subventionierten Betriebsstoffen für den Menschen. Die Wertschätzung für den Berufsstand und seine Produkte bleibt dabei völlig auf der Strecke.

Das zeigte sich an den Kommentaren zu den Protesten in den linksgrün dominierten Medien.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh!)

Man sprach von der „Traktor-RAF“, von Brunnenvergiftern und Staatsfeindlichkeit und will damit die in der Wählergunst immer weiter schwindende Koalition aus SPD, Grünen und FDP stützen und deren immer rabiateres Vorgehen bei der Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sekundieren.

Das langsame Sterben der bäuerlichen Familienbetriebe, auch von der CDU als Transformation grün geframt und politisch exekutiert, ist noch nicht abgeschlossen. Die Reglementierungen und Konzen-

trierungen der Agrarproduktion in wenigen Händen und zugunsten eines Klimaschutzes, dessen Kenngrößen auch ausgewürfelt werden könnten, ist der nächste große Transformationsschritt, und er ist bereits eingeleitet.

Vizepräsident Christof Rasche: Herr Schalley, es liegt der Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Achtermeyer vor.

Zacharias Schalley (AfD): Nein.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh!)

Vizepräsident Christof Rasche: Okay, dann bitte fortfahren.

Zacharias Schalley (AfD): Wir hatten die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, die sich mit CDU-Parteibuch für das Freihandelsabkommen TTIP zulasten unserer heimischen Landwirte ausgesprochen hat. Wir haben die GAP-Reform, die unter dem Namen „Green Deal“ von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit CDU-Parteibuch exekutiert wird. Wir haben in NRW die Düngeverordnung, die von den damaligen CDU-Agrarministerinnen verantwortet wurde.

Was haben die Bauernverbände bei diesen Anlässen eigentlich getan? Es gab laue Kritik und Beschwichtigungen.

Allen Bauern dort draußen, die sich an den Protesten beteiligen und mit denen wir als AfD uns natürlich solidarisieren,

(Zuruf: Das tun Sie aber gar nicht! – Weitere Zurufe)

möchte ich eine Empfehlung aussprechen: Fragen Sie sich, warum die Proteste ausgerechnet jetzt kommen, wo die CDU ausnahmsweise einmal nicht regiert.

(Zurufe von der SPD und Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Schauen Sie auch einmal nach, welcher Partei Ihre Bauernpräsidenten angehören. Joachim Rukwied, Präsident des Bundesverbandes, ist ein CDU-Gewächs.

(Unruhe)

Johannes Röring war bis 2020 Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes und jahrzehntelang CDU-Bundestagsabgeordneter.

(Anhaltende Unruhe)

Bernhard Conzen aus dem Rheinland ist ebenfalls ein CDU-Mann.

Bei den Bauernfunktionären von einem CDU-Stallgeruch zu sprechen, ist noch untertrieben. Das stinkt zum Himmel, wie frische Gülle im Regen. Glaubt eigentlich irgendein normaler Bauer, dass diese Herren, ihre Amtsnachfolger und ihre Kollegen vor einer solchen Protestkampagne nicht erst beim Konrad-Adenauer-Haus vorbeifahren und alles genau durchsprechen?

In den Kundgebungen treten nur die örtlichen CDU-Abgeordneten auf. Es wird sich stets von rechts distanziert oder die besonders zornigen Standesgenossen werden in die Schranken gewiesen, damit das Bauernheer schön brav weiter der CDU hörig bleibt und nicht auf die Idee kommt, dass es noch eine Partei gibt, die die Interessen des Landvolkes vertritt, die AfD.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe)

Die Vielfachkrisen der Landwirtschaft wird die CDU nicht lösen; das langsame Sterben der bäuerlichen Familienbetriebe wird nur palliativer stattfinden.

Wer eine regional verwurzelte, wirtschaftlich rentable und in unsere heimatische Kulturlandschaft und Identität eingebettete Landwirtschaft will, muss die AfD wählen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Herr Schalley, es liegt eine Kurzintervention vor. Herr Achtermeyer, Sie haben für 60 Sekunden das Wort.

Tim Achtermeyer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Wir haben in dieser Rede vieles gehört, unter anderem von Verschwörungstheorien und dergleichen. Einen Punkt haben wir aber nicht gehört, den man allerdings schon bringen muss.

Herr Kollege von der AfD, warum erwähnen Sie nicht, dass es genau eine einzige Partei gibt, die alle Subventionen für die Landwirtschaft streichen will?

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Es gibt eine Partei, bei deren Regierungsbeteiligung alle Landwirte Bankrott anmelden müssten, und diese Partei ist die AfD. Das gehört zur Wahrheit.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Christof Rasche: Herr Kollege Schalley, auch Sie dürfen jetzt 60 Sekunden sprechen. Bitte.

Zacharias Schalley (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident! – Es ist eine schöne Nebelkerze, die Sie hier zünden wollen.

(Kirsten Stich [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Sie wissen ganz genau, dass auch die Kollegen der AfD im Bundestag für diese Kürzungen der Steuervergünstigungen – wir reden hier nicht von Subventionen – unter der Voraussetzung waren, dass es eine Kompensation für die Landwirte gibt.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Es geht um Ihr Wahlprogramm!)

Wenn ich mich recht erinnere, ist die Partei der Grünen in der Bundesregierung und für diese Kürzungen verantwortlich.

(Zurufe von Simon Rock [GRÜNE] und von der SPD)

Von daher brauchen wir als AfD

(Unruhe)

uns diesen Schuh gar nicht anzuziehen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD – Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Wir setzen die Aussprache fort. Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Markus Höner das Wort. Bitte sehr.

Markus Höner (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade viel über Nebelkerzen gehört. Ich kann feststellen, dass wir gerade viele Nebelkerzen von der AfD gesehen haben.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Inhaltlich ist leider gar nichts passiert. Das finde ich sehr traurig, weil ich schon denke, dass Sie die Chance nutzen sollten, inhaltlich zu Ihrem Antrag zu sprechen.

Wir müssen uns heute mit einem Antrag der AfD auseinandersetzen, der wieder nach demselben Strickmuster gestellt wurde. In der Prosa wird versucht, das Fähnchen in den Wind zu halten. In den Beschlusspunkten gibt es dann eine maximale Oberflächlichkeit.

Wir haben in den letzten Wochen eine Demonstrationsswelle der Landwirtschaft bzw. sogar des ganzen Mittelstands bei uns in Deutschland erlebt. Es gibt eine berechtigte Sorge in der Landwirtschaft, die sich in ihrer täglichen Arbeit – der Nahrungsmittelerzeugung, der Energieerzeugung und der Naturschutzleistung – beeinträchtigt sieht. Der Grund hierfür sind die Rahmenbedingungen; die fehlenden einheitlichen Voraussetzungen und die fehlende Perspek-

tive. Die geplanten Maßnahmen der Finanzierung des Bundeshaushalts haben das Fass dann zum Überlaufen gebracht.

Wer mit dieser Ausgangslage der Landwirtschaft so umgeht, wie es die AfD tut, zeigt, dass die Reichweite dieser Proteste leider nicht verstanden wurde. Es entlarvt Sie, wie inhaltsleer Sie unterwegs sind und wie Sie durch Effekthascherei billig versuchen, Zustimmung zu bekommen.

Ihr Antrag folgt, wie eingangs erwähnt, einem typischen Muster. Es ist der Versuch, Betroffenheit zu generieren und die hier vertretenen politischen Parteien anzuprangern. Natürlich darf auch die übliche Medienschelte nicht fehlen. Mit der Prosa versuchen Sie dann, von Ihren inhaltsleeren Beschlusspunkten abzulenken.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Genau da liegt doch der Hase im Pfeffer. Bei Ihren Beschlusspunkten zeigen Sie, wie inhaltsleer, ideenlos und, ich möchte sogar sagen, wie respektlos Sie mit der gesamten Branche umgehen.

(Beifall von der CDU und Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Das begründe ich Ihnen gerne. Bei den ersten zwei Beschlusspunkten sind Sie so allgemein geblieben, dass es sich gar nicht lohnt, darauf einzugehen. Der dritte Beschlusspunkt entlarvt Sie jedoch dabei, dass Sie bei den Bauerprotesten inhaltlich gar nicht dabei sind und diese Proteste überhaupt nicht durchdringen.

Wer die Demonstrationen der letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, konnte feststellen, dass es der Landwirtschaft um einen fairen Wettbewerb innerhalb Europas und um einheitliche Rahmenbedingungen geht. Es geht auch darum, dass gerade beim Agrardiesel immer wieder der europäische Vergleich mit unseren Nachbarländern herangezogen wird und die Gesellschaft bereit sein muss, die erforderlichen höheren Standards zu finanzieren, um eine ernährungssichernde Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa zu gewährleisten.

(Beifall von der CDU und Norwich Rüße [GRÜNE])

Wenn Sie jetzt eine Renationalisierung der Agrarpolitik fordern, ist das gerade nicht das, was die Landwirte auf die Straße bringt. Einfacher gesagt – vielleicht verstehen Sie es dann –: Die gemeinsame Agrarpolitik gleicht höhere europäische Standards finanziell aus. Wollen Sie diese Agrarpolitik renationalisieren oder, wie immer wieder vermeldet wird, der EU den Rücken zuwenden? Damit würden Sie der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen und Deutschland um ein Vielfaches mehr schaden, als das mit den diskutierten Kürzungsvorschlägen der Fall ist.

Diese Sichtweise zeigt deutlich, dass Sie nicht verstanden haben, um was es bei diesen Protesten geht.

Eine Abkehr von der Gemeinsamen Agrarpolitik würde die Landwirtschaft vor große wirtschaftliche Herausforderungen stellen, ihr mit Sicherheit aber keine Perspektive geben.

(Beifall von der CDU – Bianca Winkelmann [CDU]: Genau so!)

Daher bleibe ich bei meiner Aussage, dass das Vorgehen und dieser Antrag respektlos gegenüber den Anliegen der Bäuerinnen und Bauern sind, die gerade für den Erhalt ihrer Betriebe demonstrieren, und dass es Ihnen nur um eine inhaltliche Effekthascherei geht.

Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere Bäuerinnen und Bauern viel zu aufgeweckt sind, um auf diese billige Masche reinzufallen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir sind das auch. Daher lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun die Kollegin Julia Kahle-Hausmann das Wort. Bitte sehr.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Letzte Woche Donnerstag bis Samstag war ich auf der Grünen Woche in Berlin. Dort habe ich mit vielen interessanten Menschen über ihre Herausforderungen und Ideen gesprochen – mit Landwirten, Leuten aus der Start-up-Szene, Verbänden, NRW-Institutionen. Alle waren da, und alle hatten andere Themen: Altersabsicherung, Existenzgründung, Innovationsförderung, Knebelverträge mit dem Lebensmitteleinzelhandel usw.

Gesehen habe ich alle ernst zu nehmenden Leute aus dem Ausschuss: ein ganzer Schwung aus der CDU rund um Frau Dr. Peill, die FDP mit Dietmar Brockes sowie die Grünen mit Norwich Rüße und Dr. Gregor Kaiser.

Wen ich nicht gesehen, aber tatsächlich überhaupt nicht vermisst habe, waren Sie, Herr Schalley.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Das hatte einen sehr wichtigen Grund. Denn alle Gesprächspartner waren sich einig: Es sei unerträglich, verlogen und heuchlerisch, dass sich die AfD als spalterische und aufwieglerische Partei auf die legitimen Anliegen der Landwirtinnen und Landwirte setzt und sie für ihre kruden Pläne vereinnahmen will.

Deshalb verstehe ich, dass Sie erst gar nicht dort hingefahren sind, wenn sich doch eh niemand mit Ihnen abgeben will.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Vielleicht erinnere ich Sie auch noch mal an den Deutschen Bauernverband, der schon 2021 verlautbaren ließ, dass die AfD kein ernst zu nehmender Gesprächspartner sei. „Die Partei habe sich zuletzt mit ihrer Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union agrarpolitisch zu 110 % disqualifiziert.“

Was der DBV an Kompetenz in der Agrarpolitik bei Ihnen vermisst, wird auch allen deutlich, wenn man sich Ihnen, nennen wir es „Antrag“ durchliest. Ich staune immer wieder, wie man es als Erwachsener schaffen kann, ein derartig irres Kauderwelsch zu produzieren, das Sie als Einführung verwendet haben.

Ab dem ersten Zitat von Tichys Einblick konnte ich beim besten Willen nicht mehr ernst nehmen, was Sie hier fabriziert haben. Das ist aber auch kein großer Verlust, dient Ihr Antrag doch nur dazu, mal wieder Soundbite bei Social Media zu produzieren, anstatt fundierte Problemlösungskompetenz zu zeigen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass Ihr Redefragment schon im Netz zu sehen ist, bevor meine Redezeit hier vorbei ist – eingereiht in die stetig wachsende Liste queerfeindlicher, rassistischer, populistischer und insgesamt beschämender Redebeiträge Ihrer Fraktion.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Rodion Bakum [SPD]: Sehr gut!)

Ich habe mir dennoch die Arbeit gemacht, mir Ihre Vorschläge einmal anzuschauen.

Erstens. Die Landesregierung soll sich für die Rücknahme der Kürzungen einsetzen. Ja, gut; wenn Frau Gorißen auf den Zuruf der AfD gewartet hätte, um das zu tun, würde mich das wirklich überraschen. Ich weiß nicht, Frau Gorißen: Warten Sie?

(Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, nie!)

Zweitens. Die Landesregierung wird aufgefordert, die wirtschaftliche Zukunft der kleinbäuerlichen Betriebe zu retten. Das war's – keine Vorschläge, keine konkreten Maßnahmen. Da sieht man wieder: Sie verstehen mehr vom Phrasen- als vom Mähdreschen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Das ist inhaltlos und lügnerisch. Denn Sie selbst schlagen in Ihrem Wahlprogramm eine Politik vor,

die das Ende der kleinbäuerlichen Landwirtschaft bedeuten würde – Stichwort „Subventionskürzungen“.

Drittens – da musste ich wirklich lachen – fordern Sie, sich für eine Renationalisierung der Agrarpolitik einzusetzen.

(Heiterkeit von der SPD)

Jeder, der sich zwei Sekunden mit Landwirtschaft beschäftigt, weiß, dass das absoluter Kappes ist, und zwar aus mehreren Gründen. Der Selbstversorgungsgrad liegt bei 38 % bei Gemüse, 20 % bei Obst, knapp 75 % bei Eiern, aber 120 % bei Fleisch, insbesondere Schweinefleisch, 150 % bei Kartoffeln und 150 % bei Zucker.

Ich weiß; Sie haben das Schnitzel als Symbol des breiten völkischen Widerstands auserkoren und sind der Meinung: Deutschland ist dem Untergang geweiht, wenn nicht täglich ein halbes Schwein auf dem Teller landet.

(Beifall von der SPD und der CDU)

Aber Ihr Schnitzel-Fetischismus ist das schlichte Denken zwischen Wand und Tapete. Alle hier hätten auch ganz gerne mal Blumenkohl, Paprika, Weintrauben oder Erdbeeren. Und davon gibt es hier nicht genug.

Des Lesens sind Sie ja mächtig, vielleicht aber nicht des sinnentnehmenden Lesens. Denn wir exportieren eine Unmenge an Fleisch und Milchprodukten. Mit Ihrer Renationalisierung enthalten wir unseren Landwirten den Zugang zu internationalen Märkten vor. Aber jeder, der mal einen Artikel über Volkswirtschaft gelesen hat, weiß, dass den Preis für diese völlig bescheuerte Idee unsere Landwirte zahlen würden.

Wenn Förderungen nicht abgerufen werden, weil sie zu komplex sind, dann stimmt etwas nicht. Wenn Kinder dieses Landes hungrig zur Schule oder Kita gehen und gleichzeitig unsere Landwirte ihre Lebensmittel für Preise unterhalb der Produktionskosten an den Einzelhandel verkaufen müssen, dann stimmt etwas nicht.

Dabei wissen wir doch auf allen politischen Ebenen – der ZKL, der Borchert-Kommission, der Enquete-Kommission –, was wir tun müssen. Wir brauchen Lösungen und Handlungen. Wir von der SPD stehen jederzeit dafür bereit, für diesen Quatsch hier allerdings nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Danke, Frau Kahle-Hausmann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht ihr Abgeordneter Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben alle die Demonstrationen verfolgt. Wir haben auch verfolgt, wie Querdenker, Reichsbürger und Ähnliche versucht haben, da aufzuspringen. Insofern war auch klar, dass dann hier ein Antrag der AfD zu genau diesem Thema kommen musste.

Das Schöne ist aber, dass wir feststellen konnten: Die Bauern haben sich genau dagegen massiv gewehrt und dagegen verwahrt, dass solche Leute ihre Interessen zu missbrauchen versuchen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Meine Feststellung ist, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern mit Ihrem völkisch-nationalen Gerede, das Sie auch in diesem Antrag wieder betreiben, überhaupt nichts zu tun haben will. Es gelingt Ihnen nicht, Bauern dazu zu kriegen, Sie zu unterstützen. Sie finden keine Anhänger unter ihnen. Ich weiß, dass es Sie massiv ärgert, dass das so ist. Aber man lehnt Sie dort schlichtweg ab.

Im Kern hat das zwei Gründe. Der Weg der Landwirtschaft in den letzten 70 Jahren ist steinig gewesen. Da sind wir uns wohl auch einig. Wir hatten in den letzten 70 Jahren einen Strukturwandel in der Landwirtschaft, der schwierig war. Aber eines steht auch fest: Das, was in der Bundesrepublik nach 1945 passiert ist, nach der Katastrophe, als Nationalisten dieses Land regiert haben, ist eine Erfolgsgeschichte.

Gucken Sie mal, wie Regionen bei uns wie das Emsland, das nördliche Münsterland oder auch die Eifel sich entwickelt haben. Das waren Regionen, von denen man früher gesagt hat: Das ist ein Armenhaus. Dort kann man wirklich kaum leben. – Alle diese Regionen haben sich in der Bundesrepublik Deutschland positiv entwickelt.

Zur Wahrheit gehört auch – darüber können Sie zum Beispiel mit Herrn Kollegen Nolten diskutieren –, dass es viele kleinbäuerliche Betriebe bzw. Höfe gab, die sich dadurch positiv entwickeln konnten, dass dieses Land auf gemeinsame europäische Märkte gesetzt hat und Arbeitsplätze in der Industrie zur Verfügung standen. Die Bauern hatten ein Einkommen außerhalb der Landwirtschaft und konnten ihre Landwirtschaft im Nebenerwerb betreiben. Man muss es sehr positiv sehen, dass dieser Wohlstand möglich war. Es ist ja auch über das Landwirtschaftsgesetz abgesichert, dass die Landwirtschaft sich parallel zur allgemeinen Wirtschaft entwickeln können soll.

Das alles negieren Sie total. Sie tun so, als sei die Geschichte der Landwirtschaft komplett negativ gewesen. Ja, es gab im Zuge dieses Fortschritts der Landwirtschaft auch negative Entwicklungen – da sind wir ja jetzt in der Debatte auch dran – in der Tierhaltung und in der Umweltbelastung. Das alles wird

tatsächlich diskutiert. Da macht die Politik auch wirklich eine Menge.

Ich will aber auch eines sagen: Höfe haben – ich will das mal so formulieren – ein langes Gedächtnis. Ich möchte Ihnen auch erklären, was ich damit meine.

Bei mir zu Hause hängen zwei sehr große, gerahmte Schwarz-Weiß-Bilder. Sie wurden meiner Familie damals von den Nachbarn geschenkt. Diese beiden Bilder – das findet man auch auf vielen Höfen – zeigen junge Bauern, die in den 30er-Jahren nur eines wollten: Sie wollten Bauern werden und ihre Höfe führen.

Und was sind sie geworden? Soldaten. Sie wurden beide eingezogen. Beide sind im Krieg gefallen. Der eine war mein Opa, den ich nie kennengelernt habe. Der andere war mein Großonkel, der den Hof eigentlich hätte führen sollen.

Diese Bilder hängen auf den Höfen, so auch bei mir zu Hause, und sind stete Ermahnung, nie wieder so nationalistisch zu denken, wie Sie es tun, und nie wieder Krieg zu führen, sondern friedlich miteinander umzugehen.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Denn das ist – gerade wenn wir in andere Länder gucken – das höchste Gut, das wir haben.

Ich möchte eine Landwirtschaft, die weiterhin mit anderen in Europa zusammenarbeiten kann und Europa gemeinsam weiter nach vorne entwickelt. Ihren Nationalismus lehne ich komplett ab. Den lehnt auch die Landwirtschaft komplett ab.

(Hendrik Schmitz [CDU]: So ist das!)

Das will niemand von uns. Deshalb lehnen wir auch Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Rüße. – Für die FDP spricht ihr Abgeordneter Herr Brockes.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade schon mehrfach über die letzten Wochen gesprochen. Nachdem die AfD da sehr deutlich damit gescheitert ist, unsere Landwirtinnen und Landwirte zu unterwandern, unternimmt sie hier heute ganz primitiv einen neuen Versuch. Aber ich sage Ihnen ganz klar: Unsere Landwirtinnen und Landwirte, gerade in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland, sind gestandene, gute Demokraten und lassen sich von Ihnen nicht unterwandern oder vereinnahmen.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Gleichzeitig streben Sie an, die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union zu beenden. Kleine Subventionen sollen erhalten bleiben, die ganz großen gestrichen werden. Meine Damen und Herren, damit treiben Sie die Landwirtschaft von heute auf morgen in den Ruin. Der Kollege Höner hat es hier schon sehr deutlich gemacht: Was Sie hier betreiben, ist, ehrlich gesagt, lösungsfreie Bauernfängerei.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD – Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Da tut man den Bauern aber unrecht!)

Aber ich sage Ihnen ganz klar: Unsere Bäuerinnen und Bauern sind klüger geworden – klüger als die AfD.

(Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Ja! – Hendrik Schmitz [CDU]: Das ist auch nicht schwer!)

Unsere Landwirtinnen und Landwirte in Nordrhein-Westfalen lassen sich eben nicht von rechten Ideologen im Schafspelz vereinnahmen.

Fachkräftemangel ist auch in der Landwirtschaft ein wachsendes Problem. Es wird immer schwerer, Erntehelfer und Saisonarbeitskräfte zu finden. Auf eine gemeldete offene Stelle für landwirtschaftliche Fachkräfte kommen nur 1,4 arbeitssuchende Personen. Dies ist ähnlich kritisch wie zum Beispiel im Bereich der Gastronomie.

Welche Lösungen dafür hat die AfD in diesem Antrag? Welche Lösungen hat die AfD generell? Seit zehn Tagen wissen wir es: keine. Die AfD will Menschen abschieben, statt sie einzustellen.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU] und Markus Höner [CDU])

Die AfD mit ihren Rechtsextremen in den eigenen Reihen will all die wichtigen Erntehelfer, die notwendigen Pflegekräfte und den Koch ihrer Schnitzelbude deportieren.

Das ist genau das Falsche. Das lassen wir auch nicht zu.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Aber das muss man auch erst einmal schaffen: das Land am Abgrund sehen und gleichzeitig glauben, wir kämen hier ohne Menschen aus anderen Ländern aus, weiter und aus der Situation heraus. Wie irrational ist das?

Mit der AfD sieht die Zukunft der Landwirtschaft nicht gut aus: keine Arbeitskräfte, kein Geld, kein Hof mehr.

Eigentlich hätte man den Antrag der AfD aber gar nicht zu lesen brauchen. Allein die Überschrift hätte genügt. Die AfD will nämlich zurück in den mittelalterlichen „Bauernstand“, wie es in der Überschrift

heißt. Damals war der Bauer nur Untertan des feudalen Grundherrn.

(Zuruf von Julia Kahle-Hausmann [SPD])

Wir wollen freie, selbständige Landwirtinnen und Landwirte, die weder von Gutsherren noch von überbordender Bürokratie geknechtet werden. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Danke, Herr Brockes. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Gorißen.

Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung fährt einen ebenso klaren wie auch verlässlichen Kurs. Wir setzen uns für eine starke heimische Landwirtschaft und gute Entwicklungsperspektiven für in Familienhand geführte landwirtschaftliche Betriebe ein.

So hat sich die Landesregierung auch unmittelbar nach Bekanntwerden der angekündigten Abschaffungen der Steuerrückerstattungen und der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Maschinen deutlich gegen die geplanten Streichungen im Bundeshaushalt ausgesprochen. Die Sparpläne der Bundesregierung waren und sind unausgegoren. Wir brauchen hier kein Stückwerk, sondern eine vollständige Rücknahme.

Auch auf europäischer Ebene bringt sich die Landesregierung bereits vielfältig in die Diskussionen über die künftige Ausrichtung der europäischen Landwirtschaft ein. Sie hat hierbei die Produktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft stets fest im Blick.

Bei der Umsetzung politischer Vorhaben stehen immer ein enger Dialog mit den Betroffenen, die Praxis-tauglichkeit der Ansätze sowie freiwillige Anreize im Vordergrund.

Der Antrag der AfD hingegen ist Stimmungsmache, gepaart mit ihrer üblichen Medienschelte. Auf dem Präsentierteller liegen aufgewärmte Floskeln, garniert mit vielen Plattitüden und einer großen Prise Populismus.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Dietmar Brockes [FDP])

Der zur Beratung stehende Antrag der AfD ist ein erneuter und in der Sache untauglicher Versuch, die Landwirtinnen und Landwirte in Nordrhein-Westfalen zu vereinnahmen.

Die Landwirtschaftsverbände haben sich gegen diese Vereinnahmungsversuche verwehrt und sehr klar nach rechts abgegrenzt. Wer bei den Demonstrationen unterwegs war, im Internet nachgeschaut hat oder es der Presse gesehen hat, weiß: Überall gab es die Hinweise und auch die Tafeln und Schilder, die die Landwirte mitgebracht haben und die zum Teil auch an ihren Treckern befestigt waren, auf denen stand: „Landwirtschaft ist bunt, nicht braun!“

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Mit der Forderung nach einer Renationalisierung der Agrarpolitik schadet die AfD den Landwirten. Eine Renationalisierung der Agrarpolitik wird von der Landesregierung und der Landwirtschaft aus guten Gründen abgelehnt.

Ein Blick nach Großbritannien zeigt, welche negativen Folgen der Brexit für die britische Landwirtschaft und die Bevölkerung hat. Erhebliche Einkommensverluste der dortigen Landwirtinnen und Landwirte waren die Folge. Auf den britischen Feldern sind Obst und Gemüse im Wert von Millionen Euro verrottet, weil zu wenige Erntehelfer da waren. In Großbritannien ist es zu Versorgungsengpässen und leeren Regalen in den Supermärkten gekommen. Der Aufwand beim Handel mit den Ländern der Europäischen Union hat enorm zugenommen und Mehrkosten verursacht, seit man nicht mehr Teil des europäischen Binnenmarktes ist. Auch die neuen Handelsverträge mit Australien und Neuseeland haben der Landwirtschaft nach Auskunft des ehemaligen britischen Agrarministers schweren Schaden zugefügt. Bei Landwirtinnen und Landwirten ist insgesamt weniger Geld angekommen.

Am Ende des Antrags spricht die AfD dramatisierend vom Verschwinden der deutschen Landwirtschaft. Ich sage Ihnen: Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ist lebenswichtig. Sie wird für die Erzeugung unserer Lebensmittel gebraucht und dient damit unserer Ernährungssicherheit. Sie wird für die Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen, für zahlreiche Umweltleistungen und für den Erhalt unserer schönen Kulturlandschaften gebraucht.

Die Landwirtschaft hat sich immer weiterentwickelt, wird sich immer weiterentwickeln und wird sich auch immer weiter den sich ändernden Herausforderungen stellen.

Wir brauchen allerdings keine inhaltsleeren Anträge einer rechten Partei, sondern sinnvolle Ideen und Vorschläge wie die vorliegenden Konzepte der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft.

Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen und für Planungssicherheit in der Landwirtschaft ein. Genau das wird die Landwirtschaft stärken. Im Übrigen hat

die Landesregierung, insbesondere unser Ministerpräsident Hendrik Wüst, den Bund aufgefordert, hierzu in den Dialog mit der Landwirtschaft einzusteigen, insbesondere im Rahmen einer starken Agrarallianz. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Herr Keith hat für die AfD eine Kurzintervention angemeldet. Er hat für die nächste Minute das Wort.

Andreas Keith (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident.

„Ist der Bauer ruiniert, wird das Essen importiert.“

„Bauerntod bringt Menschen Not.“

„Leute ohne Ahnung wollen uns ruinieren, deshalb fahren wir demonstrieren.“

Frau Ministerin, nur zur Kenntnis: Auch das stand im Übrigen auf Schildern, die die Bauern auf ihre Trecker montiert haben.

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

Des Weiteren: Sie ruinieren seit 50 Jahren die Landwirtschaft.

(Lachen von Markus Höner [CDU] und Bianca Winkelmann [CDU])

Herr Rütze, Sie können noch so rührselige Geschichten von Ihrem Großvater erzählen. Das könnte ich auch. Mein Großvater ist auch erschossen worden; den habe ich auch nie kennengelernt. Das gilt für jeden hier, der ein bisschen älter ist. Aber dies in Zusammenhang mit einer demokratisch legitimierten Partei zu bringen, wie Sie das getan haben, ist unredlich bis zum Gehnichts.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Die Nazis waren auch demokratisch gewählt!)

Das möchte ich Ihnen dazu sagen.

Wir wollen, dass Bauern von dem, was sie mit ihrer harten Arbeit am Ende des Tages erwirtschaftet haben, auch leben können.

(Zuruf von Dr. Gregor Kaiser [GRÜNE])

Ich glaube, dass die Bauern am Ende des Tages keine einzige Subvention von Ihnen haben möchten, ...

Präsident André Kuper: Die Redezeit.

Andreas Keith (AfD): ... wenn sie einen fairen Preis für das bekommen, was sie produzieren.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Das diskutieren wir im Ausschuss! – Zurufe von Markus Höner [CDU] und Hendrik Schmitz [CDU])

Und das haben Sie in den letzten 50 Jahren komplett ruiniert. Das ist das Entscheidende und der Unterschied zwischen uns und Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Norwich Rütze [GRÜNE]: Was für ein Quark!)

Präsident André Kuper: Frau Ministerin Gorißen hat die Gelegenheit, auf diese Kurzintervention zu reagieren.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU] – Andreas Keith [AfD]: Schlechter können wir es ja nicht machen!)

Silke Gorißen, Ministerin für Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Vielen Dank, Herr Präsident. – Allein die Äußerungen, die wir gerade wieder gehört haben, so despektierlich sie in großen Teilen insbesondere gegenüber dem Abgeordneten Rütze auch waren, sprechen für sich. Sie zeigen ganz genau, welches Menschenbild die AfD hat, wie unsensibel sie hier auch mit persönlichen Erfahrungen umgeht

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

und was es bedeutet, wenn Menschen mit bestimmter Gesinnung an die Macht kommen.

Ich möchte dazu nur noch Folgendes sagen: Wenn Sie angeben, mit welchen Schildern die Traktoren teilweise auch versehen waren – nämlich mit der Forderung, dass man auch Ahnung davon haben sollte, worum es in der Landwirtschaftspolitik geht –, dann spielen wir an der Stelle den Ball gerne zurück in das Spielfeld der AfD und sagen: Das ist völlig richtig. Denn Ihr Antrag zeugt von reiner Nichtachtung. Daher bringt Sie diese Argumentation kein Stück weiter.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Lachen von Andreas Keith [AfD])

Präsident André Kuper: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/7756. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist die AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Der Form halber frage ich: Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/7756**, wie gerade festgestellt, **abgelehnt**.

(Unruhe – Glocke)